

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung
am 13.11.2018
um 17:05 Uhr bis 19:10 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Kleiner Sitzungssaal**

Anwesend sind:

Vorsitz

Frau Tanja Kreimendahl

Ratsmitglieder

Herr Mathias Heidtmann

Herr Heinz Jürgen Heuser

Herr Jürgen Kucharczyk

Herr Klaus Mandt

Herr Norbert Schmitz

Herr Sebastian Thiel

Herr Peter-Edmund Uibel

Vertretung für Frau Keil

Vertretung für Frau Dr. Bluth

Vertretung für Herrn Friese

Sachkundige Bürger/innen

Herr Sven Chudzinski

Frau Susanne Fiedler

Herr Kai Eric Gerber

Herr Frank Hufschmidt

Herr Wolfgang Rau

Herr Hans-Gerd Steinheuser

Herr Stephan Weber

Herr Thomas Wingender

Vertretung für Frau Wilke

Sachkundige Einwohner/innen

Herr Lars Jochimsen

Beigeordnete

Frau Barbara Reul-Nocke

von der Verwaltung:

Herr Wolfgang Putz

Herr Jürgen Beckmann

Herr Guido Eul-Jordan

Herr Heinrich Ammelt

Frau Kerstin Pohl

Herr Sven Feher

Frau Monika Reinhardt

Sachverständige

Dr. Jan Boomers

Vertreter der Caritas

Schriftführerin

Frau Birgit Mendrycha

Tagesordnung

I. Öffentlich

- | | | |
|--------------|---------|---|
| 1 | | Änderung/Erweiterung der Tagesordnung |
| 2 | | Niederschrift über die Sitzung vom 11.09.2018 |
| 3 | | Berichte und Präsentationen |
| 3.1 | | Bericht der Biologischen Station Mittlere Wupper zu besonders schutzwürdigen Tieren und Pflanzen mit ihren Lebensräumen im Bergischen Städtedreieck |
| 3.2 | | Heizkosten-Check im Stromspar-Check Kommunal
Vorstellung eines Konzepts für Remscheid |
| 4 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung |
| 4.1 | 15/5163 | Rettungseinsätze bei Unfällen mit Elektro- und Hybrid-Fahrzeugen |
| 4.1.1 | 15/5440 | Antwort auf die Anfrage der SPD-Fraktion zu Rettungseinsätze bei Unfällen mit Elektro- und Hybrid-Fahrzeugen |
| 4.2 | 15/5366 | Sachstand Umsetzung der Maßnahmen aus der Organisationsuntersuchung über das Bürgeramt / die Ordnungsbehörde |
| 4.2.1 | 15/5522 | Sachstand Umsetzung der Maßnahmen aus der Organisationsuntersuchung über das Bürgeramt / die Ordnungsbehörde - Anfrage der Ratsgruppe der W.i.R. |
| 4.3 | 15/5579 | Telekom nutzt Verteilerkästen für Elektroauto-Ladestationen
Anfrage der CDU-Fraktion |
| 5 | | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung |
| 6 | | Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung |
| 7 | | Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung |
| 8 | | Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung |
| 8.1 | 15/5289 | Ersthelfer App einführen |
| 8.2 | 15/5569 | Personelle Verstärkung im Kommunalen Ordnungsdienst (multifunktionale Stellen) |
| 8.3 | 15/5572 | Ausstattung des Kommunalen Ordnungsdienstes verbessern und Tempo-Displays wieder instand setzen |

- 9** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- 9.1** Verkehrsfluss Trecknase/Lenneper Str. und Freiheitstr./Weststr.
Anfrage von Frau Kreimendahl
- 9.2** Verkehrsfluss Industriegebiet Bergisch Born
Anfrage von Herrn Gerber
- 9.3** Akquise neuer Mitarbeiter bei den Freiwilligen Feuerwehren
Anfrage von Herrn Schmitz
- 9.4** Aufhebung des Halteverbotes Industriegebiet Bergisch Born
Anfrage von Herrn Gerber
- 10** 15/5399 Anordnung einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h aus Lärmschutzgründen auf der Freiheitstraße in der Zeit von 22 Uhr - 06 Uhr
- 11** Haushaltsplanberatung 2019/2020
- 11.1** 15/5462 Doppelhaushalt 2019/2020
Beratung des Entwurfs in der Zuständigkeit des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung
- 11.2** 15/5455 Haushaltsplan 2019/2020:
Erhöhung der INV322000 Investition in die Geschwindigkeitsüberwachung
- 11.3** 15/5453 Überplanmäßige Bereitstellung von Sachaufwand für laufende Aufwendungen für 2018 im Bereich des Fachdienstes Recht und Datenschutz
- 12** 15/5336 Bebauungsplan Nr. 670 – Gebiet zwischen Wolfstraße und Ronsdorfer Straße sowie Gebiet nördlich der Remscheider Straße, südlich des Reitplatzes Kranenholl und östlich der Bebauung der Adolf-Westen-Straße – und 9. Änderung des Flächennutzungsplans – Gebiet zwischen nördlicher Wolfstraße und Ronsdorfer Straße –
1. Entscheidung über die zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit eingegangenen Stellungnahmen (§ 3 Abs. 1 BauGB)
2. Entscheidung über die zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB), zur Abstimmung mit den Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB), zum landesplanerischen Anpassungsverfahren (§ 34 Abs. 1 LPIG) sowie zur verwaltungsinternen Abstimmung eingegangenen Stellungnahmen
3. Offenlagebeschlüsse (§ 3 Abs. 2 BauGB)
4. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB), Abstimmung mit den Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB), landesplanerisches Anpassungsverfahren (§ 34 Abs. 5 LPI
- 13** 15/5402 10. Änderung des Flächennutzungsplans – Gebiet Gleisdreieck Bergisch Born, südlich Balkantrasse und Trasse des Wasserquintetts
1. Beschluss über die Aufstellung der 10. Änderung des Flächennutzungsplans (§ 2 Abs. 1 BauGB)
2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung zur 10. Änderung des Flächennutzungsplans (§ 3 Abs. 1 BauGB)
- 14** 15/5276 Masterplan Grünes Städtedreieck – Region mit Weitsicht

15	15/5323	Sanierung Galvanik Blasberg
16	15/5392	Gründung einer Kinderfeuerwehr Remscheid
17	15/5465	Quartiersplatz an der Kraftstation (Honsberger Straße) – Entwurf der Platzgestaltung als Grundlage für den Antrag auf Städtebauförderung
18	15/5497	Verlegung des Morsbaches im Bereich des Gründerhammers
19	15/5389	Brandschutzbedarfsplan 2018
20	15/5556	Konzept zur Sicherung von öffentlichen Wegen und Plätzen im Stadtgebiet Remscheid
21	15/5578	Änderung der Sondernutzungssatzung zum 01.01.2019
22		Sonstiges
22.1		Verabschiedung von Herrn Putz
22.2		Sitzungen 2019

II. Nichtöffentlich

- 1** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung
- 2** Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung
- 3** Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung
- 4** Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 5** Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 6** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

I. Öffentlich

1. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung

Frau Kreimendahl eröffnet die Sitzung.

Sie bittet, folgende Punkte in die Tagesordnung aufzunehmen:

- 3.2 - Heizkosten-Check im Stromspar-Check Kommunal
Vorstellung eines Konzepts für Remscheid
- 4.2.1 - Sachstand Umsetzung der Maßnahmen aus der Organisationsuntersuchung
über das Bürgeramt / die Ordnungsbehörde - Anfrage der Ratsgruppe der
W.i.R.
- 4.3 - Telekom nutzt Verteilerkästen für Elektroauto-Ladestationen
Anfrage der CDU-Fraktion
- 8.2 - Personelle Verstärkung im Kommunalen Ordnungsdienst (multifunktionale
Stellen)
- 8.3 - Ausstattung des Kommunalen Ordnungsdienstes verbessern und Tempo-
Displays wieder instand setzen
- 17 - Quartiersplatz an der Kraftstation (Honsberger Straße) – Entwurf der Platzge-
staltung als Grundlage für den Antrag auf Städtebauförderung
- 18 - Verlegung des Morsbaches im Bereich des Gründerhammers
- 19 - Brandschutzbedarfsplan 2018
- 20 - Konzept zur Sicherung von öffentlichen Wegen und Plätzen im Stadtgebiet
Remscheid
- 21 - Änderung der Sondernutzungssatzung zum 01.01.2019.

Herr Heidtmann bittet, die nachstehenden haushaltsrelevanten Tagesordnungspunkte unmittelbar zur Beratung und Beschlussfassung in den Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss zu verweisen:

- 8.2 - Personelle Verstärkung im Kommunalen Ordnungsdienst (multifunktionale
Stellen)
- 8.3 - Ausstattung des Kommunalen Ordnungsdienstes verbessern und Tempo-
Displays wieder instand setzen
- 11.1 - Doppelhaushalt 2019/2020
Beratung des Entwurfs in der Zuständigkeit des Ausschusses für Bürger, Um-
welt, Klimaschutz und Ordnung
- 11.2.-. Haushaltsplan 2019/2020:
Erhöhung der INV322000 Investition in die Geschwindigkeits-
Überwachung
- 19 - Brandschutzbedarfsplan 2018
- 21 - Änderung der Sondernutzungssatzung zum 01.01.2019.

Außerdem bittet er, den Tagesordnungspunkt 20 - Konzept zur Sicherung von öffentlichen Wegen und Plätzen im Stadtgebiet Remscheid – in die Sitzung am 06.02.2019 zu vertagen, da noch Beratungsbedarf besteht und zunächst das Votum der BVen abgewartet werden sollte.

Frau Fiedler stimmt der Vertagung des TOP 19 - Brandschutzbedarfsplan 2018 – zu, bittet aber, den vorbereiteten Vortrag der Feuerwehr zuzulassen.

Frau Kreimendahl weist darauf hin, dass der Brandschutzbedarfsplan haushaltsrelevante Elemente enthält und daher im Rat der Stadt am 22.11.2018 beschlossen werden wird, so dass der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 06.02.2019 nur noch Kenntnis nehmen kann.

Herr Chudzinski beantragt, TOP 19 - Brandschutzbedarfsplan 2018 ohne Aussprache zu vertagen und eine Beschlussfassung durch den Rat der Stadt am 22.11.2018 und nachträgliche Kenntnis im Ausschuss am 06.02.2019 zuzulassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 9 Nein 6 Enthaltungen 1

Beschluss:

TOP 19 - Brandschutzbedarfsplan 2018 wird ohne Aussprache vertagt; eine Beschlussfassung durch den Rat der Stadt am 22.11.2018 und nachträgliche Kenntnis im Ausschuss am 06.02.2019 wird zugelassen.

Somit ist TOP 19 – Brandschutzbedarfsplan 2018 von der Tagesordnung abgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung beschließt, folgende Tagesordnungspunkte in die Tagesordnung aufzunehmen:

- 3.2 - Heizkosten-Check im Stromspar-Check Kommunal
Vorstellung eines Konzepts für Remscheid
- 4.2.1 - Sachstand Umsetzung der Maßnahmen aus der Organisationsuntersuchung über das Bürgeramt / die Ordnungsbehörde - Anfrage der Ratsgruppe der W.i.R.
- 4.3 - Telekom nutzt Verteilerkästen für Elektroauto-Ladestationen
Anfrage der CDU-Fraktion
- 17 - Quartiersplatz an der Kraftstation (Honsberger Straße) – Entwurf der Platzgestaltung als Grundlage für den Antrag auf Städtebauförderung
- 18 - Verlegung des Morsbaches im Bereich des Gründerhammers.

Darüber hinaus werden die folgenden Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung unmittelbar in den Rat der Stadt verwiesen:

- 8.2 - Personelle Verstärkung im Kommunalen Ordnungsdienst (multifunktionale Stellen)
- 8.3 - Ausstattung des Kommunalen Ordnungsdienstes verbessern und Tempo-Displays wieder instand setzen
- 11.1 - Doppelhaushalt 2019/2020
Beratung des Entwurfs in der Zuständigkeit des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung
- 11.2.-. Haushaltsplan 2019/2020:
Erhöhung der INV322000 Investition in die Geschwindigkeitsüberwachung
- 19 - Brandschutzbedarfsplan 2018

21 - Änderung der Sondernutzungssatzung zum 01.01.2019.

Außerdem wird Tagesordnungspunkt 20 - Konzept zur Sicherung von öffentlichen Wegen und Plätzen im Stadtgebiet Remscheid – in die Sitzung am 06.02.2019 zu vertagt.

2. Niederschrift über die Sitzung vom 11.09.2018

Die Niederschrift über die Sitzung vom 11.09.2018 wird in der vorgelegten Form einstimmig bestätigt.

3. Berichte und Präsentationen

3.1. Bericht der Biologischen Station Mittlere Wupper zu besonders schutzwürdigen Tieren und Pflanzen mit ihren Lebensräumen im Bergischen Städtedreieck

Herr Dr. Boomers – Biologische Station Mittlere Wupper – stellt besonders schutzwürdige Tiere und Pflanzen mit ihren Lebensräumen im Bergischen Städtedreieck vor und stellt dabei die Besonderheiten für Remscheid explizit heraus – siehe hierzu auch **Anlage 1** der Niederschrift.

Auf Anfrage von Herrn Chudzinski erklärt Herr Dr. Boomers, dass im Hinblick auf das Vogelsterben Erkenntnisse für bestimmte Vogelgruppen auch für Remscheid vorliegen.

Auf Nachfrage von Frau Fiedler erklärt Herr Dr. Boomers, dass bezogen auf die Publizierung des Artensterbens wertvolle Strukturen erkannt und kommuniziert werden müssen; hier ist ein weiterer Ausbau des Netzwerks erforderlich.

Auch bezogen auf den Erhalt der Bienen und Insekten – Anfrage von Herrn Uibel – stellt Herr Dr. Boomers fest, dass sich das veränderte Umfeld z. B. im Bereich der Landwirtschaft negativ ausgewirkt hat und Möglichkeiten geschaffen werden müssen, um z. B. Stillgewässer zu erhalten.

Herr Dr. Boomers bestätigt die Annahme von Herrn Weber, wonach invasive Pflanzen und Tiere an Häufigkeit zunehmen und daher Bereiche festgelegt werden sollten, die hiervon freigehalten und für heimische Arten gesichert werden sollten.

Auf Anregung von Herrn Kucharczyk bestätigen Herr Dr. Boomers und Herr Putz, dass im Außenbereich im Sinne des Artenschutzes neue Strukturen entwickelt werden; eine Landesförderung zur Umsetzung der Maßnahmen ist avisiert.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt Kenntnis.

3.2. Heizkosten-Check im Stromspar-Check Kommunal Vorstellung eines Konzepts für Remscheid

Vertreter der Caritas stellen den Stromspar-Check Kommunal für Remscheid vor – siehe hierzu auch **Anlage 2** der Niederschrift.

Auf Anfrage von Frau Fiedler erklärt der Vertreter der Caritas, dass das Projekt sich nur zum Teil selbst finanziert; eine Finanzierung erfolgt darüber hinaus über eine Bezuschussung durch das Jobcenter; Fördermittel konnten ebenfalls in Anspruch genommen werden. Das Projekt läuft seit März 2019; ein Ausbau ist für Remscheid geplant.

Auf Nachfrage von Herrn Schmitz erläutert die Vertreterin der Caritas, dass die Entsorgung der Altgeräte durch Vorlage der Entsorgungsbelege sichergestellt ist.

Eine Beratung bez. der Energieeffizienz erfolgt unter Hinzuziehung von Experten (Anfrage von Herrn Chudzinski).

Frau Kreimendahl bittet, das Projekt auch im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen vorzustellen.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

4. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

4.1. Rettungseinsätze bei Unfällen mit Elektro- und Hybrid-Fahrzeugen Vorlage: 15/5163

Die Anfrage der SPD zu Rettungseinsätzen bei Unfällen mit Elektro- und Hybrid-Fahrzeugen wird zur Kenntnis genommen.

4.1.1. Antwort auf die Anfrage der SPD-Fraktion zu Rettungseinsätze bei Unfällen mit Elektro- und Hybrid-Fahrzeugen Vorlage: 15/5440

Herr Feher stellt sich als neuer Leiter des vorbeugenden Brandschutzes ab 2019 vor und beantwortet die Anfrage von Herrn Uibel dahingehend, dass bei nicht so gängigen KFZ-Modellen eine Abfrage über das Kennzeichen möglich ist, die unmittelbar zur Rettungskarte führt.

KFZ mit alternativen Antrieben werden zunächst auf Gefahrenquellen untersucht; außerdem werden brandschutzvorbeugend Löschpulver und –wasser am Einsatzort vorgehalten.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**4.2. Sachstand Umsetzung der Maßnahmen aus der Organisationsuntersuchung über das Bürgeramt / die Ordnungsbehörde
Vorlage: 15/5366**

Die Anfrage der W.i.R.-Ratsgruppe zum Sachstand der Umsetzung der Maßnahmen aus der Organisationsuntersuchung über das Bürgeramt / die Ordnungsbehörde wird zur Kenntnis genommen.

**4.2.1. Sachstand Umsetzung der Maßnahmen aus der Organisationsuntersuchung über das Bürgeramt / die Ordnungsbehörde - Anfrage der Ratsgruppe der W.i.R.
Vorlage: 15/5522**

Auf Nachfrage von Herrn Gerber erläutert Frau Reul-Nocke, dass die von der Firma Picture vorgeschlagenen Maßnahmen, die tatsächlich bzw. aus sachlichen Gründen nicht realisierbar sind, auch nicht umgesetzt werden.

Darüber hinaus konnten Maßnahmen im Bereich der Digitalisierung und des E-Governments noch nicht umgesetzt werden; hier sind durch den FD Interne Dienste zunächst die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Frau Reul-Nocke sagt zu, dass von Herrn Gerber erbetene neue Organigramm für den FD Bürger, Sicherheit und Ordnung dem Protokoll als **Anlage 3** beizufügen.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**4.3. Telekom nutzt Verteilerkästen für Elektroauto-Ladestationen
Anfrage der CDU-Fraktion
Vorlage: 15/5579**

Auf Anfrage von Herrn Heidtmann erklärt Frau Reul-Nocke, dass der Förderantrag zur Erstellung eines Ladesäuleninfrastrukturkonzeptes im Sommer 2018 zusammen mit der EWR erarbeitet und gestellt worden ist. Eine abschließende Bescheidung liegt bisher nicht vor. Im Vorgriff auf einen positiven Bescheid wurde zwz. bereits ein Büro ausgewählt, das mit der Konzeption beauftragt werden wird. Frau Reul-Nocke schlägt vor, die Anregung des Herrn Heidtmann, die Nutzung der EWR-Verteilerkästen als einen Baustein mit in das Konzept aufzunehmen, zur weiteren Veranlassung an die IBR weiter zu leiten.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung stimmt dem vorgeschlagenen Verfahren zu. Die Beantwortung der Anfrage der CDU wird als erledigt betrachtet.

Frau Reul-Nocke ergänzt, dass die EWR jüngst entschieden hat, weitere Ladestationen im Stadtgebiet zu realisieren:

- Im Bereich des Möbelhauses Knappstein – bereits in Betrieb
- In der Emil-Nohl-Str. – im Bau
- Auf dem Parkplatz des H₂O – in Planung
- Am Röntgen-Gymnasium – in Planung und
- Am Rathaus Lüttringhausen – in Planung.

Herr Rau regt an, die bereits vorhandenen Anschluss-Stellen für Marktbeschicker und Veranstaltungen ebenfalls mit in die Überlegungen einzubeziehen.

Herr Putz weist darauf hin, dass die zu nutzenden Flächen für den allgemeinen Verkehr freigegeben sein müssen. Er wird die Anregung auf Realisierbarkeit hin überprüfen.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt Kenntnis.

5. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung wurden nicht eingereicht.

6. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

7. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung werden nicht gemacht.

8. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

8.1. Ersthelfer App einführen Vorlage: 15/5289

Frau Kreimendahl weist darauf hin, dass Klärungsbedarf hinsichtlich der Prämissen und Kosten besteht, regt aber eine positive Beschlussfassung entsprechend der des ASGW an. Sie stellt fest, dass es sich um einen Prüfauftrag an die Verwaltung handelt und somit keine Haushaltsrelevanz vorliegt.

Auf Nachfrage von Frau Fiedler erläutert Herr Eul-Jordan, dass die Einführung einer Ersthelfer-App aus medizinischer Sicht befürwortet wird. Da die Implementierung jedoch Auswirkungen auf Personal und Kosten haben wird, soll unter Federführung des Gesundheitsamtes zunächst ein Konzept erarbeitet werden; aufgrund der fachübergreifenden Schnittstellen ist die Feuerwehr am Verfahren beteiligt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Verwaltung wird damit beauftragt, zu überprüfen, ob die Möglichkeit besteht eine Ersthelfer App für den Fall eines Herzstillstandes im Einsatzgebiet der Rettungskräfte in Remscheid einzuführen. **Die entstehenden Kosten sollen ausgewiesen werden.**

**8.2. Personelle Verstärkung im Kommunalen Ordnungsdienst (multifunktionale Stellen)
Vorlage: 15/5569**

Weiterverwiesen – siehe TOP 1

**8.3. Ausstattung des Kommunalen Ordnungsdienstes verbessern und Tempo-Displays wieder instand setzen
Vorlage: 15/5572**

Weiterverwiesen – siehe TOP 1

9. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

**9.1. Verkehrsfluss Trecknase/Lenneper Str. und Freiheitstr./Weststr.
Anfrage von Frau Kreimendahl**

Stellvertretend für Herrn Friese erkundigt sich Frau Kreimendahl nach den Ursachen der Rückstaus im Bereich Trecknase, Fahrtrichtung Remscheid und auf der Freiheitstr. / Weststr.

Herr Beckmann führt aus, dass der Fehler an der Ampelschaltung auf der Lenneper Str. im Bereich der Autobahnzufahrten, Fahrtrichtung Lenneper zwz. behoben wurde. Die Ursachen für den Rückstau im Bereich Trecknase / Lenneper Str., Fahrtrichtung Remscheid werden derzeit untersucht; eine Optimierung und Nachjustierung der Ampelschaltungen wird in Kürze erfolgen.

Gleiches sagt Herr Beckmann für die Freiheitstr. zu – hier sind ihm z. Z. jedoch keine Probleme bekannt.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**9.2. Verkehrsfluss Industriegebiet Bergisch Born
Anfrage von Herrn Gerber**

Herr Gerber berichtet, dass seit Abschaffung der Umfahrung im Bereich Bergisch Born (Schwarzer Weg) der Rückstau aus dem Industriegebiet auf die Bornefelder Straße und die Straße Bergisch Born erheblich ist. Er bittet, Abhilfe zu schaffen.

Herr Beckmann wird die Angelegenheit hinsichtlich der Überprüfung der Ampelsteuerung an die TBR weiterleiten.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt; Klimaschutz und Ordnung nimmt Kenntnis.

9.3. Akquise neuer Mitarbeiter bei den Freiwilligen Feuerwehren Anfrage von Herrn Schmitz

Herr Schmitz weist darauf hin, dass die Freiwilligen Feuerwehren einen Mitarbeiterrückgang beklagen und erkundigt sich, ob hier künftig konzeptionell über die Akquise neuer Mitarbeiter nachgedacht wird.

Herr Eul-Jordan verweist auf den Brandschutzbedarfsplan 2018, der auch Vorschläge zur Stärkung der freiwilligen Feuerwehren enthält. Eine umfassende Berichterstattung wird in der nächsten Sitzung erfolgen.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt Kenntnis.

9.4. Aufhebung des Halteverbotes Industriegebiet Bergisch Born Anfrage von Herrn Gerber

Herr Gerber bittet zu überprüfen, ob das Halteverbot in der Straße Am Eichholz, rechtsseitig Richtung Autohaus Johann aufgehoben werden kann. Er nimmt Bezug auf die Behandlung der Angelegenheit in der BV 3 und erkundigt sich nach dem Stand der Angelegenheit.

Herr Beckmann weist auf die originäre Zuständigkeit der BV 3 hin und erklärt, dass die Sache in Bearbeitung ist.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt Kenntnis.

10. Anordnung einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h aus Lärm- schutzgründen auf der Freiheitstraße in der Zeit von 22 Uhr - 06 Uhr Vorlage: 15/5399

Auf Anfrage von Frau Fiedler erklärt Herr Putz, dass die Wirkung des aufgebrachten Flüsterasphalts nur bei hohen Geschwindigkeiten zum Tragen kommt, nicht aber bei einer dauerhaften Tempo 30-Regelung. Außerdem würde eine generelle Tempo 30-Regelung der durch die neue Ampelschaltung erreichten Verflüssigung des Verkehrs kontraproduktiv entgegen wirken.

Hinsichtlich der aktuellen Luftschadstoffbelastung verweist Herr Putz auf die jährliche Mitteilungsvorlage der Verwaltung; die Werte für 2018 werden Anfang 2019 bekannt gegeben.

Auf Nachfrage von Herrn Uibel erläutert Herr Putz, dass die nächtliche Tempo 30-Regelung sich nur marginal auf die Luftschadstoffbelastung auswirkt und somit vertretbar ist. Bezogen auf die Lenneper Straße stellt er fest, dass hier weder Messungen zur Luftschadstoffbelastung noch zur Lärmbelastung stattfinden. Ziel der Einrichtung einer nächtlichen Tempo 30-Zone ist hier lediglich die Drosselung der Spitzengeschwindigkeiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss folgende Beschlussfassung:

Auf der Freiheitstraße wird – bis zur Aufbringung eines lärmoptimierten Asphalttes – in der Zeit von 22.00 Uhr – 06.00 Uhr eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h eingerichtet.

11. Haushaltsplanberatung 2019/2020

**11.1. Doppelhaushalt 2019/2020
Beratung des Entwurfs in der Zuständigkeit des Ausschusses für Bürger,
Umwelt, Klimaschutz und Ordnung
Vorlage: 15/5462**

Weiterverwiesen – siehe TOP 1

**11.2. Haushaltsplan 2019/2020:
Erhöhung der INV322000 Investition in die Geschwindigkeitsüberwachung
Vorlage: 15/5455**

weiterverwiesen – siehe TOP 1

**11.3. Überplanmäßige Bereitstellung von Sachaufwand für laufende Aufwendungen für 2018 im Bereich des Fachdienstes Recht und Datenschutz
Vorlage: 15/5453**

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt zur Kenntnis, dass der Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss in seiner Sitzung am 08.11.2018 folgenden Beschluss gefasst hat:

Gemäß § 60 Absatz 1 GO NRW wird wie folgt beschlossen:

Der Rat der Stadt stimmt überplanmäßigen Aufwendungen im Produkt 01.11.01 - Recht - in Höhe 125.000 € beim Sachkonto 5429321 - Gerichts- und Sachverständigenkosten - im Haushaltsjahr 2018 gemäß § 83 Abs. 1 GO NRW i.V.m. § 41 Abs. 1 h) GO NRW zu.

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge im Produkt 01.11.01 -Recht- in Höhe von 125.000 € beim Sachkonto 4565011 - Erstattungen aus Klageverfahren -

- 12. Bebauungsplan Nr. 670 – Gebiet zwischen Wolfstraße und Ronsdorfer Straße sowie Gebiet nördlich der Remscheider Straße, südlich des Reitplatzes Kranenholl und östlich der Bebauung der Adolf-Westen-Straße – und 9. Änderung des Flächennutzungsplans – Gebiet zwischen nördlicher Wolfstraße und Ronsdorfer Straße –**
- 1. Entscheidung über die zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit eingegangenen Stellungnahmen (§ 3 Abs. 1 BauGB)**
 - 2. Entscheidung über die zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB), zur Abstimmung mit den Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB), zum landesplanerischen Anpassungsverfahren (§ 34 Abs. 1 LPIG) sowie zur verwaltungsinternen Abstimmung eingegangenen Stellungnahmen**
 - 3. Offenlagebeschlüsse (§ 3 Abs. 2 BauGB)**
 - 4. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB), Abstimmung mit den Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB), landesplanerisches Anpassungsverfahren (§ 34 Abs. 5 LPI**
Vorlage: 15/5336

Auf Anfrage von Herrn Uibel erklärt Herr Putz, dass der Sieper Bach nicht in der Fläche verläuft, die zum Gewerbegebiet umfunktioniert werden soll und daher hier auch keine Maßnahmen zur Aufhebung der Verrohrung durchgeführt werden.

Frau Fiedler erklärt, dass durch die Revitalisierung der Brache zusätzliche Versiegelungsflächen geschaffen werden und erkundigt sich nach dem Standort für die erforderlichen Ausgleichsflächen. Herr Ammelt erklärt, dass das Plangebiet um Teilflächen am Kranenholl erweitert wurde; hier sollen die Ausgleichsflächen geschaffen werden.

Anmerkung:

Der FD Stadtentwicklung, Wirtschaft und Liegenschaften erklärt:

Der Eingriff in Natur und Landschaft, der durch den Bebauungsplan Nr. 670 vorbereitet wird, wird durch die im Bebauungsplan festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen vollständig kompensiert. (s. Anlage 4, S. 14 und Anlage 7.4, S. 28 der Ds.-Nr. 15/5336)

Der FD Umwelt ergänzt:

Die Kompensation wird auf einer Fläche im Bereich Kranenholl sichergestellt, für die es bereits ein Kompensationskonzept der Unteren Naturschutzbehörde vorlag.

Die Information ist aber auch in der Vorlage/auf der Bebauungsplanurkunde enthalten und auf Seite 25 des Umweltberichtes (Anlage 7_4) beschrieben.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat der Stadt folgende Beschlussfassung:

Der Rat der Stadt zieht gem. Ziff. 5.3 der Hauptsatzung der Stadt Remscheid die dem Haupt-, Finanz-, und Beteiligungsausschuss gem. § 41 Abs. 2 GO NRW übertragene Entscheidung über die verfahrensleitenden Beschlüsse zu Bauleitplänen (Ziff. 16.5 der Hauptsatzung, Ziffer 2 Nr. 10 der Zuständigkeitsordnung) für die folgenden Beschlüsse wieder an sich.

1. Entscheidung über die zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit eingegangenen Stellungnahmen (§ 3 Abs. 1 BauGB)

Über die zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend dem als Anlage 1 beigefügten Ergebnisbericht entschieden.

Die Betroffenen sind zu unterrichten.

2. Entscheidung über die zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB), zur Abstimmung mit den Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB), zum landesplanerischen Anpassungsverfahren (§ 34 Abs. 1 LPlG) sowie zur verwaltungsinternen Abstimmung eingegangenen Stellungnahmen

Über die zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, zur Abstimmung mit den Nachbargemeinden, zum landesplanerischen Anpassungsverfahren sowie zur verwaltungsinternen Abstimmung eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend dem als Anlage 2 beigefügten Ergebnisbericht entschieden.

Die Betroffenen sind zu unterrichten.

3. Offenlagebeschlüsse (§ 3 Abs. 2 BauGB)

Die Entwürfe des Bebauungsplans Nr. 670 (mit angepasstem räumlichen Geltungsbereich) und der 9. Änderung des Flächennutzungsplans werden mit den Begründungen, den Fachgutachten und sonstigen Anlagen und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen (Anlagen 3 bis 8) für die Dauer eines Monats, mindestens jedoch für die Dauer von 30 Tagen, oder bei Vorliegen eines wichtigen Grundes für die Dauer einer angemessenen längeren Frist öffentlich ausgelegt.

Ortsüblich bekannt zu machen sind

- die Offenlagebeschlüsse zu dem Bebauungsplan Nr. 670 und zu der 9. Änderung des Flächennutzungsplans,
- Ort und Dauer der Auslegungen,
- welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind und
- der Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfristen abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan und die Änderung des Flächennutzungsplans unberücksichtigt bleiben können.

Die Inhalte der ortsüblichen Bekanntmachungen und die auszulegenden Unterlagen sind zusätzlich in das Internet einzustellen und über das zentrale Internetportal des Landes zugänglich zu machen.

4. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB), Abstimmung mit den Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB), landesplanerisches Anpassungsverfahren (§ 34 Abs. 5 LPlG) sowie Beteiligung der verwaltungsinternen Dienststellen

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Nachbargemeinden sowie die verwaltungsinternen Dienststellen werden an den Planungen zu dem Bebauungsplan Nr. 670 und zur 9. Änderung des Flächennutzungsplans beteiligt; zu der 9. Änderung des Flächennutzungsplans wird das landesplanerische Anpassungsverfahren durchgeführt.

- 13. 10. Änderung des Flächennutzungsplans – Gebiet Gleisdreieck Bergisch Born, südlich Balkantrasse und Trasse des Wasserquintetts**
1. Beschluss über die Aufstellung der 10. Änderung des Flächennutzungsplans (§ 2 Abs. 1 BauGB)
2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung zur 10. Änderung des Flächennutzungsplans (§ 3 Abs. 1 BauGB)
Vorlage: 15/5402

Die unterschiedlichen Statements zur Realisierung eines Gewerbegebietes an diesem Standort werden vorgetragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 1 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat der Stadt folgende Beschlussfassung:

Der Rat der Stadt zieht gem. Ziff. 5.3 der Hauptsatzung der Stadt Remscheid die dem Haupt-, Finanz-, und Beteiligungsausschuss gem. § 41 Abs. 2 GO NRW übertragene Entscheidung über die verfahrensleitenden Beschlüsse zu Bauleitplänen (Ziff. 16.5 der Hauptsatzung, Ziffer 2 Nr. 10 der Zuständigkeitsordnung) für den Beschluss zu Nr. 1 wieder an sich.

1. Beschluss über die Aufstellung der 10. Flächennutzungsplanänderung (§ 2 Abs. 1 BauGB)

Zu der 10. Änderung des Flächennutzungsplans – Gebiet Gleisdreieck Bergisch Born, südlich Balkantrasse und Trasse des Wasserquintetts – wird der Aufstellungsbeschluss gefasst. Der räumliche Geltungsbereich ergibt sich aus dem als Anlage 1 beigefügten Lageplan.

Ziel der Flächennutzungsplanänderung ist eine Gewerbegebietentwicklung.

Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)

Zu der 10. Änderung des Flächennutzungsplans – Gebiet Gleisdreieck Bergisch Born, südlich Balkantrasse und Trasse des Wasserquintetts – wird die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung beschlossen.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt gem. Ziffer 4.1 der Richtlinien der Stadt Remscheid über die Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung durch Planaushang.

**14. Masterplan Grünes Städtedreieck – Region mit Weitsicht
Vorlage: 15/5276**

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat der Stadt folgende Beschlussfassung:

1. Der Rat der Stadt Remscheid beschließt den „Masterplan Grünes Städtedreieck – Region mit Weitsicht“ als strategische Grundlage zur Stärkung, Ausweitung und Verzahnung der grünen Infrastruktur im Bergischen Städtedreieck.
2. Der Regionale Arbeitskreis „Grüne Infrastruktur“ des Bergischen Städtedreiecks wird aufrechterhalten.

**15. Sanierung Galvanik Blasberg
Vorlage: 15/5323**

Herr Rau verweist darauf, dass das Land für die sog. Ewigkeitskosten des Bergbaus Rücklagen gebildet hat; ein solches Verfahren würde er auch für die hier vorliegenden Altlasten begrüßen. Er bittet die Fraktionen, ihre MdL entsprechend zu informieren.

Frau Kreimendahl bittet SPD und CDU, die entsprechenden Protokollauszüge der Sitzungen des Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss vom 08.11.2018 und des heutigen Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung an ihre MdL weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat der Stadt folgende Beschlussfassung:

Die mit dem Entwurf des Jahresabschluss zum 31.12.2017 gemäß § 36 GemHVO gebildete Altlastenrückstellung zur Sanierung der Galvanik Blasberg in Höhe von 540.000 € wird in 2018 um 100.000 € erhöht und im Vorgriff auf die noch durch den Rat zu beschließenden Jahresabschlüsse 2017 & 2018 gemäß §§ 59, 96 GO NRW in Höhe von 640.000 EUR festgestellt.

16. Gründung einer Kinderfeuerwehr Remscheid
Vorlage: 15/5392

Auf Anfrage von Herrn Rau erläutert Herr Eul-Jordan, dass die Kinderfeuerwehr Kinder im Alter von 6 – 12 Jahren aufnehmen wird. Die Altersstrukturen bei der Feuerwehr sind bisher wie folgt:

Einsatzabteilung	Alter ab 18 aufwärts
Ehrenamtler	Ältere (Rentner, Ruheständler)
Jugendfeuerwehr	Alter 10 – 18.

Die Kinderfeuerwehr soll zum 01.01.2019 am Standort der Jugendfeuerwehr Hasten eingerichtet werden. Ein abschließendes Konzept liegt noch nicht vor. Ziel ist es, zunächst eine Gruppe mit ggf. max. 15 Kindern einzurichten, die sich ca. vierzehntägig trifft. Aufsichtspersonen (Pädagogen, Erzieher) müssen gewonnen werden. Langfristig sollten Kinderfeuerwehren an allen 5 Standorten der Jugendfeuerwehren geschaffen werden.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat der Stadt folgende Beschlussfassung:

Die Gründung einer Kinderfeuerwehr Remscheid gem. § 13 Abs. 2 Brandschutz-, Hilfeleistungs- und Katastrophenschutzgesetz (BHKG) zum 01.01.2019 wird beschlossen.

17. Quartiersplatz an der Kraftstation (Honsberger Straße) – Entwurf der Platzgestaltung als Grundlage für den Antrag auf Städtebauförderung
Vorlage: 15/5465

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Mitteilungsvorlage der Verwaltung zum Quartiersplatz an der Kraftstation (Honsberger Straße) – Entwurf der Platzgestaltung als Grundlage für den Antrag auf Städtebauförderung – zur Kenntnis.

18. Verlegung des Morsbaches im Bereich des Gründerhammers
Vorlage: 15/5497

Auf Anfrage von Herrn Heidtmann erklärt Herr Putz, dass Drittmittel Ausgleichszahlungen Privater sind, die für die Beanspruchung von Grundstücksflächen erhoben werden.

Auf Nachfrage von Herrn Rau erläutert Herr Putz, dass die kleineren Teiche entschlammt und im Rahmen der Bachsanierung entfernt und anderweitig in Anspruch genommen werden, während der große Teich im Einvernehmen mit dem Eigentümer erhalten bleibt. Hinsichtlich der Altlasten wurde die TBR an den Gesamtkosten anteilig beteiligt.

Auf Nachfrage von Herrn Uibel berichtet Herr Putz, dass die Befestigung des Wehrs so gut erhalten ist, dass hier der Altbestand erhalten wurde.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat der Stadt folgende Beschlussfassung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Morsbach im Bereich Gründerhammer gem. Anlage zu verlegen.
2. Für die unter 1. bezeichnete Maßnahme werden Ausgaben und Einnahmen in Höhe von jeweils 526.000 € im Produkt 13.02.01 - Wasserbau - im Doppelhaushalt 2019/2020 eingeplant.

**19. Brandschutzbedarfsplan 2018
Vorlage: 15/5389**

weiterverwiesen . siehe TOP 1

**20. Konzept zur Sicherung von öffentlichen Wegen und Plätzen im Stadtgebiet
Remscheid
Vorlage: 15/5556**

vertagt – siehe TOP 1

**21. Änderung der Sondernutzungssatzung zum 01.01.2019
Vorlage: 15/5578**

weiterverwiesen – siehe TOP 1

22. Sonstiges

22.1. Verabschiedung von Herrn Putz

Frau Kreimendahl erklärt, dass Herr Putz heute letztmalig im Ausschuss vertreten ist, da er im Januar 2019 in den Ruhestand geht. Sie dankt Herrn Putz für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt zustimmend Kenntnis.

22.2. Sitzungen 2019

Frau Kreimendahl verweist auf die ausgelegte Notiz mit den aktuellen Sitzungsterminen für das Jahr 2019 und bittet um Beachtung.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt Kenntnis.

Frau Kreimendahl schließt die Sitzung.

Tanja Kreimendahl
Vorsitzender

Birgit Mendrysha
Schriftführerin

